

Die oberschlesische Unbill

Deutschland flaggt Halbmast

Am Sonnabend, den 17. Juni, flaggten in ganz Deutschland die Amtsgebäude Halbmast. Dieses Zeichen der Trauer galt der schmerzlichen Verwirklichung des Genfer Schiedsspruches, der den wirtschaftlich wichtigsten Teil Oberschlesiens von dem Reichskörper losriß. Unmittelbar darauf begann die Ablösung der Ententetruppen durch deutsche und polnische Besatzungen. Die überwiegend deutschen Südde, Kattowitz, Königshütte, Lublinitz und Tarnowitz mussten den Einmarsch der landesfremden „Eroberer“ den ihnen die Früchte deutschen Fleißes in den Schoss fallen lassen, über sich ergehen lassen. Wenn etwas das Leid und die Sorgen dieser der Fremdherrschaft preisgegebenen Deutschen mindern kann, so ist es die Tatsache, dass wenigstens dem Willen der Entente ein Ziel gesetzt ist. Die Abstimmungsbehörde unter der Leitung des Generals Le Rond hinterlässt — im Gegensatz zu der Kommission, die in Ost- und Westpreußen wirkte — die peinliche Erinnerung an ein Verhalten, das die Unparteilichkeit und das Verantwortungsgefühl für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in bedenklichem Grad vermissen lässt. Die schweren Anstände, die Korfanti inszenierte, wären bei einer Verwaltung, die ihre Pflicht erfüllt hätte, im Keim erstickt worden, und auch die Abstimmung hätte bei einer Vorbereitung, die Licht und Schatten gerecht verteilte, der wirklichen Stimmung der Bevölkerung mehr entsprechen und in noch stärkerem Grad, als es der Fall war, der Zusammengehörigkeit des oberschlesischen Gebiets mit dem deutschen Mutterland Rechnung getragen. Die deutsche Politik hat die Entscheidung der Entente auch in diesem Fall hinnehmen müssen. Aber diese Unterwerfung bedeutete keine moralische Anerkennung. Wohl ist im Interesse der oberschlesischen Bevölkerung über die Uebergangsbestimmungen der Weg des Einvernehmens mit Polen gesucht worden. Aber schon in Genf hat der deutsche Unterhändler Dr. Schiffer in feierlicher Form Verwahrung eingelegt gegen das Unrecht, das dem deutschen Volk, und insbesondere den Oberschlesiern, angetan worden ist. Diese Rechtsverwahrung wurde im Reichstag wiederholt und schliesslich erneut ausgesprochen in dem Aufruf, den der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Regierung zum 19. Juni erlies. Darin wird noch einmal betont, daß die Verwahrung für alle Zeiten gilt. Weiter wird gesagt:

Abschied

„Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müsst! Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüsse zu. Habt Dank für Eure Treue! Die Gefühle, mit denen Ihr diesen Tag erlebt, teilt mit Euch das deutsche Volk. Wir haben uns bemüht, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll Euch vor allem das Gut erhalten werden, an dem Ihr hängt, wie wir: Die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.

„Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Dulden und Harren der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet! Seid dessen gewiss, dass wir Euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche Euch Jahre der Bedrückung geschlagen haben. Unter dem Schutz des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet Euch durch berechtigte Erbitterung zu keiner ungesetzlichen Handlung verführen lassen, und Ihr werdet das in Genf geschlossene Abkommen wahren. Ihr wisst, dass eine Kommission unter neutraler Führung über Schutz und Rechte der Polen hier, der Deutschen dort, wachen wird, und dass Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn Ihr für das Erduldete Vergeltung üben wolltet.

„Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euer Heimatland zerreißt und den Bruder vom

Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutsche Volk die Hand!“

Acht Tage später jährte sich zum dritten Male der Tag der Unterzeichnung des Friedens von Versailles. Noch immer ist der Zustand Europas weit entfernt von einer Konsolidierung und Beruhigung. Das Unrecht, das in dem Vertrag Gestalt gewonnen hat, ist wie schleichendes Gift, das in den Adern wühlt. Der amerikanische Zeitungsverleger Hearst, der jüngste eine Europareise antrat und in London von Lloyd George empfangen wurde, schrieb nach seiner Rückkehr im „Evening Standard“: Wenn die gegenwärtigen Verhältnisse fortauern, werde wohl in keinem der europäischen Länder eine wirkliche Besserung der Lage eintreten. Es werde keine dauernde Lösung der Schwierigkeiten gefunden werden, ehe nicht die Hauptgedanken und Ziele des Versailler Vertrages wesentlich geändert seien.

Der Marksturz muss aufhören

Das Garantiekomitee der Reparationskommission, das zur Prüfung der deutschen Verhältnisse in Berlin eingetroffen ist, hat vom Reichskanzler bereits am ersten Tag der Besprechungen erfahren, dass die Fortdauer der Reparationszahlungen in dem durch das sogenannte Moratorium vorgesehenen Umfang unmöglich wird, wenn der Marksturz anhält. Um diesen Marksturz, der nicht nur im Staatsbudget, sondern auch in jeder Einzelwirtschaft das Gleichgewicht erschüttert, nach Möglichkeit aufzuhalten, hat die Reichsbank einen Teil

der von ihr für die weiteren Fälligkeitstermine der deutschen Zahlungen angesammelten Devisenbestände auf den Markt werfen müssen. Keine innerdeutsche Massnahme kann verhindern, dass der Kreislauf von Geldentwertung, Ausgabenerhöhungen und Notendruck fort dauert.

Das deutsche Volk wird auch weiterhin das seine tun, in der Voraussetzung, dass die Erkenntnis bei den massgebenden Faktoren, den gegnerischen Regierungen und den internationalen Finanzkräften, rechtzeitig zum Durchbruch gelangt. Im Vertrag von Versailles wurde der wirtschaftlich und sozialpolitisch unsinnige Versuch gemacht, die Kriegsfolgen durch die Arbeit und die Entsagung eines einzigen Volkes auszugleichen, dem man gleichzeitig jede Lebensregung erschwerte. Die Folgen dieses Versuches sind der heutige Zustand der Welt.

Die Legende vom billigen Deutschland

Die deutsche Volksvertretung steht gerade jetzt vor ungeheurer schwieriger Aufgaben. Neben dem Versuch, die Interessen der Produktion mit der Kaufkraft breiter Schichten durch eine Getreideumlage auszugleichen, gilt es, in der Form der Zwangsanleihe aus der ohnedies unter Kapitalknappheit leidenden Volkswirtschaft mindestens 60 Papiermilliarden herauszuziehen. Gleichzeitig erfolgen immer neue Verteuerungen der Tarife — so der Gültartarife um wiederum 25 v. H. — und der Kohle, des Lebensstoffes aller Industrien, so dass die deutsche Wettbewerbsfähigkeit trotz des niederen Standes der Valuta immer schwerer erschüttert wird. Die Legende, dass man in Deutschland sozusagen „für ein Butterbrot“ kaufen und leben könne, wird so sehr durch

die Tatsachen widerlegt, dass eine grosse Zahl Fremder, die mit entsprechenden Erwartungen gekommen waren, schleunigst weitergereist ist. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress, auf dem die gemässigte Richtung weitaus die Oberhand hatte, wurde trotzdem der Achtstundentag ohne jede Einschränkung zur Prinzipienfrage erklärt. Es kann aber nicht bestritten werden, dass nur die Wiederherstellung der Friedensleistung, die an sich auch mit dem Achtstundentag vereinbar wäre, eine dauernde Besserung herbeiführen kann. In den Staatsbetrieben soll jetzt wenigstens der Misbrauch beseitigt werden, in die achtstündige Arbeitszeit die Stunden der Dienstbereitschaft einzurechnen. Eine ausreichende Besoldung kann auf die Dauer nur gewährt werden, wenn die Arbeit von einer möglichst geringen Zahl von Kräften geleistet wird.

Die Voraussetzung für diese und alle wirklichen Reformen ist eine gewisse Stetigkeit der früheren Entwicklung. Solange das deutsche Volk nicht in vollem Masse Herr seines Geschickes ist, kann sich auch nicht der Geist der Selbstverantwortung voll entfalten, der nötig ist, um die Selbstregierung lebensfähig zu machen. Die Lösung der Reparationsfrage hängt zunächst von unseren Gegnern ab. Wären diese gute Kaufleute, so würden sie sich nicht darauf versteifen, die deutsche Leistungsfähigkeit lediglich nach irgendwelchen Massstäben äusserer Art abzuschätzen zu wollen, sondern sie würden die entscheidende Bedeutung der Frage berücksichtigen, ob das, was das deutsche Volk leisten soll, von ihm selbst als leistbar anerkannt wird. Wenn die Hoffnung auf „Leichtigkeit durch Arbeit“, die der Reichskanzler vor Jahresfrist ausgedrückt hat, in so greifbarer Gestalt erschiene, dass sie jedem einleuchtend wäre, so würden zweifellos die denkbar grössten Anstrengungen möglich sein und die seelischen Hemmungen zum guten Teil wegfallen, die jetzt die äusserste Anspannung der Kräfte verhindern.

Poincarés Londoner Reise

Der französische Ministerpräsident war Mitte Juni in London, zunächst um an einer Verdun-Gedenkfeier teilzunehmen, dann aber auch, um die persönlich sehr schlechten Beziehungen zu verbessern. Als Ergebnis wird gemeldet, daß Frankreich in der Reparationsfrage vorläufig auf ein selbständiges Vorgehen verzichtet. Weiterhin wird an einem grosszügigen Ausgleich der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten im Orient und in der Langfrage gearbeitet, nach dem Vorbild von 1904, aus dem die „Entente cordiale“ hervorging. Deutschland kann nur wünschen, dass England und Frankreich sich gegenseitig alle möglichen Konzessionen machen, sofern diese nicht auf unsere Kosten gehen. Ein gespanntes Verhältnis zwischen England und Frankreich dient lediglich den Interessen der französischen Gewaltpolitiker, die eine „Isolierung“ Frankreichs, gestützt auf zwei Millionen Bajonette in West- und Osteuropa, einer Verständigungspolitik vorziehen. Je mehr Frankreich seine Rechnung draussen in der Welt findet, desto eher ist zu erwarten, dass der Druck am Rhein nachlässt.

Als eine Folge der Londoner Aussprache gilt die Beteiligung Frankreichs an der Auseinandersetzung mit den Russen im Haag. Bereits zuvor hatte Belgien, entgegen den französischen Erwartungen, eine positive Haltung eingenommen. Die belgische Politik wird geleitet einmal durch die industriellen Interessen des Landes, dann aber durch den natürlichen Wunsch, eine allzu einseitige Verknüpfung mit Frankreich, die einem Vasallenverhältnis gleichkäme, durch entsprechende Verständigung mit England zu vermeiden. Holland, als die gastgebende Macht, ist wie der Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“ wiederholt konstatierte, eifrig bemüht, den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit zu fördern. Dieses Bemühen darf der wärmsten Sympathien Deutschlands sicher sein.

Inzwischen bemühen sich die Sowjetrussen, der Welt zu zeigen, dass der „neue ökonomische Kurs“ an dem Grundcharakter ihres Regiments nichts geändert hat. Wie sollte er auch! Die Herrschaft der Bolschewisten beruht auf dem Gegenteil der Zustimmung der Regierten, auf der Unterdrückung jedes Widerstandes und jedes



Die Weltfunkstation Nauen

Aufnahme: Phototheat